

II-14814 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Zl. 50.200/11-2/94

1010 Wien, den - 6. SEP. 1994
Stubenring 1
DVR: 0017001
Telefon: (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 715 82 57
P.S.K.Kto.Nr.: 05070.004
Auskunft:
-
Klappe: -

6882 /AB

1994-09-13

zu 6934 /J

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Petrovic, Freunde und
Freundinnen betreffend EG-Richtlinie 1993/104 betreffend
Arbeitszeitgestaltung, Nr. 6934 J

Anfrage:

1. Erfüllen die österreichischen Gesetze diese Richtlinie vollinhaltlich? Wenn ja, welche gesetzlichen Regelungen beinhalten die Umsetzung? Wenn nein, in welchen Bereichen gibt es einen Anpassungsbedarf und wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen?

Antwort:

Nein. Eine Anpassung ist hinsichtlich der Höchstgrenzen der wöchentlichen Arbeitszeit erforderlich. Die Sozialpartner-gespräche werden im Herbst 1994 aufgenommen.

Anfrage:

2. Werden insbesondere alle beinhalteten Regelungen betreffend Nachtarbeit durch die derzeitige österreichische Gesetzeslage erfüllt oder besteht ein Anpassungsbedarf? Wenn ja, mit welchen Anpassungen bzw. Änderungen der österreichischen Nachtarbeitsregelungen ist zu rechnen?

Antwort:

Nein. Die Möglichkeit von Überstundenarbeit zur Nachtzeit muß eingeschränkt werden. Gesundenuntersuchungen sind für Nachtarbeiter zwingend vorzusehen. Bei drohenden gesund-

- 2 -

heitlichen Schäden ist ein Recht auf Versetzung auf einen Tagesarbeitsplatz vorzusehen.

Anfrage:

3. In der Begründung der Richtlinie wird auch der Grundsatz angeführt, daß "die Arbeitszeitgestaltung dem Menschen angepaßt sein muß". Wird diesem Grundsatz in allen Bereichen der österreichischen Gesetzgebung Rechnung getragen?

Antwort:

Im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist der Grundsatz im wesentlichen durch § 60 des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 450/1994 verwirklicht.

Anfrage:

4. Gibt es neben eventuellen Anpassungserfordernissen Anregungen zu Rechtsänderungen, welche aus dieser Richtlinie resultieren, und mit welchen Gesetzesänderungen ist in der nächsten Legislaturperiode aufgrund dieser Anregungen zu rechnen?

Antwort:

Aus der Richtlinie resultierende Anregungen zur Rechtsänderung über die Anpassungserfordernisse hinaus liegen nicht vor.

